Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2.52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (E. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkinastraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 99 | Mittwoch, den 10. April 1935 | Jahrgang 1935

Sir John Simon über die Ergebnisse der englischen Informationsreise.

Deutschlands Standpunkt: Statt des Ostpaktes zweiseitige Nichtangriffsverträge, aber nicht mit Litauen. – Eine Wehrmacht von 550 000 Mann mit den gleichen Waffentypen wie andere Länder. – Eine Flotte in Stärke von 35 v. H. der britischen Flottentonnage. – Luftgleichheit mit England und Frankreich. – Gleichheit im Völkerbund bedingt Kolonien für Deutschland.

Erklärungen im Unterhaus.

DNB. **London**, 9. April.

Unter großer Aufmerksamkeit der Abgeordneten verlas Außenminister Sir John Simon Dienstag nachmittag im Unterhaus die am Vortage vom englischen Kabinett festgelegte Erklärung über das Ergebnis der Reisen Simons und Edens nach den verschiedenen europäischen Hauptstädten. Simon, der sich unter dem Beifall des Hauses erhob, sagte zunächst, er hoffe durch die besonderen Umstände entschuldigt zu werden, wenn seine Antwort ziemlich ausführlich sei.

Der Zweck der Reise im Anschluß an die Veröffentlichung des englisch-französischen Protokolls vom 3. Februar habe darin bestanden, die Ansichten der anderen Regierungen kennenzulernen; außerdem stehe die Reise in Verbindung mit der bevorstehenden Zusammenkunft in Stresa. Unter diesen Umständen könne er heute nur eine zusammengefaßte Darlegung dessen geben, was die englischen Vertreter als die Ansichten der anderen Staaten festgestellt hätten, und es sei daher nicht möglich, die augenblickliche Gelegenheit zu benutzen, um eine Erklärung über die Politik der englischen Regierung abzugeben.

„Der sogenannte Ostpakt", fuhr Simon dann fort, „war zuerst von dem verstorbenen Barthou im vergangenen Sommer vorgeschlagen worden; er war Gegenstand einer Unterhausaussprache am 13. Juli.

Reichskanzler Hitler hat klar zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland nicht gewillt sei, einen Ostpakt zu unterzeichnen, der Deutschland zu gegenseitiger Unterstützung verpflichten würde. Insbesondere ist Deutschland nicht bereit, einen Pakt gegenseitiger Unterstützung mit Rußland einzugehen. Andererseits wurde erklärt, daß Deutschland einen Nichtangriffspakt zwischen den an osteuropäischen Fragen interessierten Mächten begünstige, der eine Konsultation für den Fall eines drohenden Angriffes vorsehen würde.

Der Kanzler Hitler ist ferner unter den gegenwärtigen Voraussetzungen nicht dazu bereit, die Einbeziehung Litauens in irgendeinen Nichtangriffspakt in Aussicht zu nehmen. Die Deutschen schlugen weiter vor, daß, falls trotz dieses Nichtangriffspaktes und trotz der Konsultation Feindseligkeiten zwischen zwei vertragschließenden Parteien ausbrechen sollten, die anderen Unterzeichner den Angreifer in keiner Weise unterstützen sollten.

In diesem Zusammenhang verweilte Hitler jedoch bei der Schwierigkeit der Bestimmung des Angreifers. Ueber seine Ansicht für den Fall befragt, daß die eine oder andere Gruppe von Vertragschließenden unter sich ein Abkommen gegenseitiger Unterstützung abschließen, erklärte der Reichskanzler, daß dieser Gedanke nach seiner Meinung gefährlich und anfechtbar sei, da er darauf hinauslaufen würde, Sonderinteressen einer Gruppe im Rahmen des weiteren Systems zu schaffen.

In Moskau erfuhr der Lordsiegelbewahrer Eden, daß die gegenwärtige internationale Lage es nach Auffassung der Sowjetregierung notwendiger denn je macht, die Bemühungen zum Ausbau eines Sicherheitssystems in Europa nach Maßgabe des Londoner Protokolls und in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerbundes weiter zu verfolgen.

Die Sowjetregierung betonte, daß der vorgeschlagene Ostpakt nach ihrer Ansicht nicht auf die Isolierung oder Einkreisung irgendeines Staates abziele, sondern auf die Schaffung gleicher Sicherheit für alle Teilnehmer, und daß sie daher der Meinung sei, daß die Teilnahme sowohl Deutschlands als auch Polens am Pakt die beste Lösung des Problems darstellen würde.

In Warschau lernte der Lordsiegelbewahrer die Ansicht der polnischen Regierung zu dieser Frage kennen.

Der polnische Außenminister Beck erklärte, daß Polen durch die bereits bestehenden Abkommen mit der Sowjetregierung auf der einen und mit Deutschland auf der anderen Seite ruhige Verhältnisse an seinen beiden Grenzen geschaffen habe. Die Frage, die Polen sich selbst vorlegen müsse, laute daher, ob irgendein neuer Vorschlag die gute Atmosphäre, die durch diese beiden Abkommen geschaffen worden sei, verbessern oder verschlechtern werde.

Was ich gesagt habe, so fuhr Simon fort, wird dem Unterhaus einen Einblick in die allgemeine Haltung der drei Regierungen in der Ostpaktfrage gewähren. Die Angelegenheit wurde auch in der kurzen Unterredung überprüft, die der Lordsiegelbewahrer mit Benesch in Prag hatte.

Was den Gedanken des mitteleuropäischen Paktes angeht, der auf der französisch-italienischen Zusammenkunft in Rom näher besprochen worden ist, so hörten wir in Berlin, daß die deutsche Regierung den Gedanken eines solchen Abkommens nicht grundsätzlich zurückweise, daß sie aber seine Notwendigkeit nicht einsehe und daß sie eine große Schwierigkeit in der Bestimmung des Begriffes „Nichteinmischung" in bezug auf Oesterreich erblicke.

Reichskanzler Hitler gab jedoch zu verstehen, daß, falls andere Regierungen einen mitteleuropäischen Pakt abzuschließen wünschten und sich auf einen Wortlaut einigen würden, die deutsche Regierung hierüber Erwägungen anstellen wolle.

In Warschau teilte Herr Beck dem Lordsiegelbewahrer mit, daß Polen gewillt sei, gegenüber einem mitteleuropäischen Pakt eine freundschaftliche Haltung einzunehmen. Polen sei der Auffassung, daß die vorgeschlagene Lösung zu einer Befriedigung und zu wachsendem Vertrauen in diesem Teil Europas führen könne. In Prag gab Herr Benesch der Hoffnung Ausdruck, daß in Stresa weitere Fortschritte in dieser Frage gemacht werden könnten.

Hinsichtlich der Wehrverhältnisse zu Lande erklärte Reichskanzler Hitler, daß Deutschland 36 Divisionen benötige, die ein Maximum von 550 000 Soldaten aller Waffengattungen einschließlich einer Division SS und militarisierter Polizeitruppen darstellten.

Er versicherte, daß es in Deutschland keine halbmilitärischen Verbände gebe. Deutschland, so erklärte er, beanspruche, alle Waffentypen zu besitzen, die andere Länder besitzen. Er sei nicht bereit, auf den Bau gewisser Typen zu verzichten, solange andere Länder sie ebenso besitzen. Falls andere Länder gewisse Typen aufgeben, würde Deutschland das gleiche tun.

Hinsichtlich der Wehrverhältnisse zur See beanspruchte Deutschland unter gewissen Vorbehalten einen Gesamttonnenbestand von 35 v. H. der britischen Tonnage; in der Luft Gleichheit zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland, vorausgesetzt, daß die Entwicklung der sowjetrussischen Luftstreitkräfte nicht derart sei, daß eine Ueberprüfung dieser Ziffern notwendig werde.

Wenn irgendein allgemeines Abkommen über die Beschränkung der Rüstungen erreicht werden könnte, würde Deutschland gewillt sein, ein System dauernder und automatischer Ueberwachung unter der Voraussetzung anzunehmen, daß eine solche Ueberwachung in gleicher Weise für alle Mächte Anwendung findet. Dem in dem Londoner Protokoll enthaltenen Vorschlag eines Luftpaktes zwischen den Locarnomächten stehe Deutschland günstig gegenüber.

In der Frage des Völkerbundes wies der Reichskanzler auf seine im Mai 1933 abgegebene Versicherung hin, daß Deutschland nicht weiter im Völkerbund mitarbeiten würde, falls es das bleiben sollte, was Hitler als ein Land minderen Rechtes bezeichnete, und er machte an Hand eines Beispieles geltend, daß Deutschland in einer untergeord-

(Fortsetzung 2. Seite.)

Deutsch-russische Wirtschaftsvereinbarung

200 Millionen-Kredit für neue russische Bestellungen.

DNB. **Berlin**, 9. April.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, die seit einer Reihe von Wochen geführt werden mit dem beiderseitigen Wunsche, die deutsch-russischen Handelsbeziehungen zu vertiefen, sind heute durch eine Vereinbarung abgeschlossen worden, die im Reichswirtschaftsministerium von dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht und dem Handelsvertreter der UdSSR., Herrn Kandelaki, unterzeichnet worden ist.

Durch diese Vereinbarung werden die laufenden Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern neu geordnet. Neben der Regelung der laufenden Warenbezüge ist vorgesehen, daß außerhalb des regulären Bedarfes neue Bestellungen seitens der Sowjetregierung in Deutschland vergeben werden, die einen Gesamtbetrag von 200 Millionen Reichsmark ausmachen.

Für diese Bestellungen erhält die Handelsvertretung der UdSSR. von einem deutschen Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft und der Dresdner Bank einen Kredit, der eine durchschnittliche Laufzeit von fünf Jahren hat und eine Verzinsung von 2. v. H. über Reichsbankdiskont vorsieht.

Diese Kreditvereinbarung wird die Handelsvertretung der UdSSR. in den Stand setzen, abweichend von den früheren Zahlungsmethoden ihre Bestellungen bei den deutschen Firmen bar zu begleichen.

Was den laufenden Handelsverkehr anlangt, so enthält der Vertrag alle erforderlichen Vereinbarungen über die Abdeckung der laufenden Zahlungsverpflichtungen sowie über die Art und Menge der gegenseitigen Warenbezüge. Danach wird die Ausfuhr der Sowjetunion nach Deutschland im laufenden Jahre den Betrag von 150 Millionen RM. übersteigen.

General Ludendorff in seinem Arbeitszimmer.



Scherl M.

Am Dienstag morgen begannen in dem Kurort Tutzing am Starnberger See die Feiern anläßlich des 70. Geburtstages General Ludendorffs. Schon am Vorabend waren dem großen Heerführer zahlreiche Geburtstagsgeschenke aus allen Teilen des Reiches zugegangen. Dieses erste Bild zeigt General Erich Ludendorff in seinem Arbeitszimmer umgeben von einem Teil der Geburtstagsgaben.

Die politische Entwicklung Argentiniens.

(Schluß)

Der argentinische Diktator Juan Manuel de Rosas, regierte von 1829 mit einer Unterbrechung bis 1852. Er war ein Gewaltmensch ohne Moral, unter Gauchos herangewachsen und durch Zusammenarbeit mit Mörderbanden politisch groß und einflußreich geworden — etwa wie seiner Zeit Tschangtsolin in der Mandschurei. Rosas hat einen grausamen Vernichtungskrieg gegen die Steppenindianer geführt und erfolgreiche Vorstöße nach Patagonien gemacht, die 1830 vom General Juan Facundo Quiroga eingeleitet wurden. Rosas unternahm 1845 seine berühmte Belagerung von Montevideo. Er kam aber nicht zum Ziel, da England Einspruch erhob und die argentinische Küste mit seiner Flotte blockierte. Die Stellung des Diktators wurde erschüttert durch seinen Streit mit dem bisher ihm anhängenden General Urguiza, der um diese Zeit (1846) Gouverneur von Entre Rios war. Urguizas Erhebung scheiterte, doch arbeitete der gegnerische General klug und systematisch an einem Zusammengehen mit Brasilien und Uruguay. 1852 erlitt Rosas in der Schlacht am Monte Caseros eine entscheidende Niederlage. Er begab sich auf einem englischen Kriegsschiff nach England, wo er 25 Jahre später starb. Erst die Gewalttätigkeit Rosas hat die auseinanderstrebenden Kräfte zusammengeschmiedet und ein einheitliches Nationalbewußtsein geschaffen. Die argentinische Wirtschaft förderte er durch eine weitgehende Schutzpolitik. So sind viele Geschichtsschreiber bereit, in der Diktatur de Rosas eine für die argentinische Gesamtentwicklung nicht nutzlose und ungünstige Periode zu sehen. Vereint heben sie aber sein gewalttätiges Wesen hervor. Es wird von ihm ein kennzeichnender Zug berichtet: Im Hochland von Tandil hatte ein launisches Spiel der Natur einen Wackelfelsen geschaffen, der trotz seiner Größe und Schwere im Sturme hin- und herbewegt wurde, weil er auf einer sehr schmalen Basis aufruhte. Es gelüstete Rosas, seine willkürliche Kraft auszutoben und diesen Felsen mit Hilfe von ungezählten Ochsengespannen herunterziehen zu lassen. Der Versuch mißlang. Erst Jahrzehnte später wurde der Felsen von Naturkräften heruntergeschleudert. Rosas Nachfolger wurde General Urguiza (1852—59). Unter ihm kam es wegen der neuen Verfassung von Santa Fé zu größten Spannungen mit Buenos Aires, das diese Verfassung nicht anerkennen wollte. Urguiza suchte einen Krieg zu vermeiden. Doch als es 1859 zum Bruch kam, unterlagen die Portenos; sie mußten die neue Verfassung mit dem Regierungssitz in Parana anerkennen.

Es lag in der Natur der Sache, daß dieser Zustand nicht lange durchhalten konnte. Parana liegt im Vergleich zu Buenos Aires abseits und kann sich mit dessen ausstrahlender Zentrallage nicht messen. Die wichtigsten Landschaften Argentiniens gruppieren sich trotz aller foederalistischen Prinzipienreiterei und Eifersüchtelei zum La Plata-Stromsystem, dessen Beherrscherin Buenos Aires ist. 1861 holten die Portenos zum Gegenschlag aus. Urguiza wurde vom Obersten Mitre geschlagen, der dann von 1862 bis 1868 Staatspräsident wurde. Er gehört zu den großen staatsmännischen Persönlichkeiten der argentinischen Geschichte. Mitre erhob sich sofort über die engen Parteiinteressen — es scheint ein politisches Gesetz zu sein, daß alle großen Staatsmänner und Volksführer über die Interessen ihrer Parteien, die sie hochgetragen, zum Volksganzen hinauswachsen und notwendig etliche ideologische Fanatiker enttäuschen müssen. Gegen alle Erwartung nahm Mitre die umstrittene Verfassung von Santa Fé an, erhob aber gleichzeitig Buenos Aires wieder zur Hauptstadt des Landes. Im Laufe seiner Präsidentschaft mußte er verschiedene Aufstände unterdrücken. Mit Brasilien und Uruguay führte er 1864 einen blutigen, aber siegreichen Krieg gegen den paraguayischen Diktator Solano Lopez, der erst 1872 ein Ende nahm. Der Nachfolger von Mitre war wieder ein Foederalist Sarmiento (1868—74), unter dem Ruhe herrschte und die wirtschaftliche Entwicklung Fortschritte machte.

Staatspräsident Avellaneda (1874—80) erwies sich als sparsamer Wirtschafter, der die Finanzen in Ordnung brachte. Unter ihm wurde Patagonien an Argentinien angegliedert. Die Patagonienfrage erhitzte die Gemüter stark. Buenos Aires forderte die Einbeziehung Patagoniens in seinen Verwaltungsbereich, wogegen das übrige Land Einspruch erhob. Die Parteien formierten sich aufs Neue: die Foederalisten sammelten sich in der Liga von Cordoba. Diese forderte die Trennung der Stadt von der Provinz Buenos Aires. Darauf begannen in der Hauptstadt die kriegerischen Vorbereitungen. Es wurde eine bewaffnete Einwohnerwehr gebildet, der auch zahlreiche Offiziere beitraten. Als die Regierung den Offizieren die Mitgliedschaft verbot, traten diese demonstrativ aus der Armee aus, und es kam zu Straßenumzügen in Buenos Aires. Daraufhin verließ Avellaneda die Hauptstadt, womit der Bürgerkrieg eingeleitet war. Der von Avellaneda zum Nachfolger bestimmte General Roca, der als Sieger im Indianerkrieg sehr populär war, eroberte die aufsässige Hauptstadt. Unter seiner Präsidentschaft (1880—86) wurde Buenos Aires von seinem Hinter-

land getrennt, das in La Plata eine neue Provinzhauptstadt erhielt. Buenos Aires wurde zur Bundeshauptstadt erklärt.

Obwohl Roca von Hause aus Foederalist war, förderte er die natürlichen Interessen von Buenos Aires, die auch der wirtschaftlichen Erschließung des Landes dienlich waren. Er schloß die Provinzen durch Eisenbahnlinien an die Hauptstadt an und führte damit einen langsamen Ausgleich herbei. Unter Roca setzte ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung ein. Ein bedeutender Kapitalstrom floß ins Land und die Einwanderung erhielt einen neuen Auftrieb. Seine Nachfolger Celman, Pellegrini und Saenz Pena verwirtschafteten indessen wieder das Ansehen und die Macht der Präsidenten, sei es, daß sie wie die beiden ersteren die wirtschaftlichen Werte verschleuderten, in eine Wirtschaftskrise, Bankenpleite und Inflation hineintrieben, die das Papiergeld auf 20 Prozent sinken ließ, oder sei es, daß die starre Rechtlichkeit des letzteren einen unheilvollen Streit mit dem Kongreß heraufbeschwor. General Roca versuchte in der Periode seiner zweiten Präsidentschaft erneut Ordnung zu schaffen. Er stabilisierte die Währung, führte die allgemeine Wehrpflicht ein und legte 1901 den Grenzstreit mit Chile bei, in dem der König von England den Schiedsspruch fällte.

Mit Roca sinkt die letzte bedeutende Präsidentschaftsgestalt dahin. Unter seinen Nachfolgern Quintana und Alcorta zerfällt die Präsidentschaftsmacht, und die Herrschaft des Kongresses beginnt. Im Hintergrunde steht, wie das Zwischenspiel der sozialistischen Radikalen unter der Präsidentschaft von Irigoyen verdeutlicht, die ungelöste soziale Frage, der dritte historische Problemkomplex Argentiniens. Es stehen sich krasse Gegensätze gegenüber: Riesengroßgrundbesitz und die besitzlosen Peons, bezw. die abhängigen Voll- und Halbpächter. Es gibt in Argentinien Besitzungen in der Größe von 2500 qkm, also größer als Anhalt, dagegen fast keinen mittleren Bauernbesitz. Gleich groß ist der Kontrast zwischen der portenenischen Handelsaristokratie und dem schlimmsten Proletariat der Welt, durch das Buenos Aires bekannt ist.

Gegen die sozialistisch-radikale Lösung der sozialen Frage durch Irigoyen hat sich das Land gewandt und einer militärisch autoritären Regierung den Weg gebahnt. Noch in aller Erinnerung ist die Teilnahme des jetzigen argentinischen Staatspräsidenten General Justo am Eucharistischen Kongreß in Buenos Aires. Vielleicht läßt seine religiöse Haltung den Schluß zu, daß die Mahnrufe der großen sozialen Enzyklika „Quadragesimo Anno" in Argentinien nicht ungehört verhallen.

Der spanische Ministerrat beschloß, die Olympiade in Berlin von Spanien offiziell zu beschicken. Mit den Vorbereitungsarbeiten soll möglichst umgehend begonnen werden.

Simons Erklärung im Unterhaus.

Das Ergebnis der englischen Informationsreise.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

neten Stellung sei, falls es keine Kolonien besitze.

Ich habe mich darauf beschränkt, die Ansichten der anderen Staatsmänner darzulegen, aber es darf nicht angenommen werden, daß die britischen Minister nicht ihre stark abweichende Meinung über gewisse Punkte zum Ausdruck gebracht hätten. In der Tat habe ich nach Beendigung der Berliner Besprechungen unsere Enttäuschung über die Schwierigkeiten ausgedrückt, die auf dem Wege zu einem Abkommen zutage getreten sind. Es gab natürlich auch andere Beobachtungen und andere Gesichtspunkte, aber ich habe mich bemüht, dem Unterhaus das Ergebnis dieser Besuchsreise mit größter Fairneß und Offenheit mitzuteilen.

Meine Erklärung ist rein objektiv, und angesichts der Tatsache, daß die Kommentare führender englischer Zeitungen auf dem Festlande manchmal als die Meinung der britischen Regierung hingenommen werden, ist es wünschenswert zu sagen, daß die britische Regierung getreu ihrer Versicherung, daß sie an der Konferenz von Stresa teilnehmen wird, ohne vorher zu festen Entschlüssen gekommen zu sein, ihre Haltung als Ergebnis dieser Besprechungen noch nicht formuliert hat. Ich vertraue darauf, daß das Ausland unsere amtlichen Aeußerungen abwarten wird, bevor es irgendwelche Schlüsse aus nicht autorisierten Kommentaren und Mitteilungen zieht."

Die Erklärung des britischen Außenministers machte auf das vollbesetzte Haus, in dem neben den Führern aller Parteien auch Sir Austen Chamberlain, Lloyd George und Churchill anwesend waren, und das seinen Ausführungen mit der größten Spannung gefolgt war, zweifellos tiefen Eindruck. Das große Interesse ging aus der Zahl der Mitglieder hervor, die sich sofort nach Schluß der Erklärung Simons erhoben, um

Zwischenfragen

zu stellen.

Der Führer der arbeiterparteilichen Opposition, Lansbury, gab als erster Aussprecheredner unter allgemeinem Beifall des Hauses der Erwartung Ausdruck, daß die Vertreter der englischen Regierung in Stresa an der Politik der kollektiven Sicherheit auf der Grundlage des Völkerbundes festhalten würden, einer Politik, die sich nicht auf der Anhäufung von Waffen gründen dürfe, sondern auf der Abrüstung.

Auf eine Frage des Führers der liberalen Opposition, Sir Herbert Samuel, erwiderte Simon,

daß England in Stresa keine endgültigen Verpflichtungen eingehen werde, ohne vorher dem Parlament Gelegenheit zu einer Aussprache gegeben zu haben.

Es sei anzunehmen, daß nach Stresa eine Versammlung in Genf stattfinden werde.

Sir Austen Chamberlain erkundigte sich hierauf, ob das Unterhaus vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrates in Genf Gelegenheit erhalten werde, die Haltung Englands zu besprechen, da bekanntlich die französische Regierung um eine unmittelbar an Stresa anschließende Sitzung des Genfer Rates gebeten habe.

Er selbst sei nicht der Ansicht, daß die Dinge bereits auf der Sitzung des Völkerbundsrates ihr Schlußstadium erreichen würden.

Nach einer weiteren Frage Chamberlains griff Ministerpräsident MacDonald in die Debatte ein. Er versprach, daß das Unterhaus zum frühest möglichen Zeitpunkt nach den Osterferien zu einer Aussprache über den gesamten Fragenbereich kommen werde. Die Frage eines weiteren Abgeordneten, ob die Zusammenkunft in Stresa lediglich dem Zweck weiterer Erkundigung diene, wurde von Sir John Simon bejaht. Ein anderer Abgeordneter erkundigte,

ob Simon aus seiner Unterhaltung mit Hitler entnommen habe, daß unter den gegenwärtigen Umständen keine Aussicht für eine Rückkehr Deutschlands nach Genf bestehe. Simon antwortete, daß das aus seiner ursprünglichen Erklärung hervorgehe.

Sir Austen Chamberlain wollte wissen, ob die Memelfrage auf die Genfer Tagesordnung gesetzt werde und ob es hierfür vielleicht nicht schon zu spät sei. Simon erwiderte: „Die englische Regierung hat nicht bis jetzt gewartet; wir haben diese Angelegenheit aufgegriffen und bei mehreren Gelegenheiten auf ihre Dringlichkeit hingewiesen, das war zum letzten Male am 30. März, als wir uns sowohl mit der französischen wie auch mit der italienischen Regierung in dieser Angelegenheit in Verbindung setzten. Bis zum Augenblick haben wir keine sehr klaren Andeutungen über die Aussichten dieser Regierungen erhalten. Ich erwarte sicher, daß ich bei meiner Fühlungnahme mit diesen Regierungen klarer erfahren werde, welcher Art ihre Ansichten sind.

Damit hatte die Aussprache ihr Ende erreicht.

Englische Erklärung zur Angelegenheit der Kolonialmandate.

DNB. **London**, 9. April.

Ein konservativer Abgeordneter stellte im Unterhaus die Frage an den Ministerpräsidenten, ob die englische Regierung eine Mitteilung an die deutsche Regierung ins Auge fassen wolle, in der festgestellt werde, daß die Uebertragung irgendeines von England ausgeübten Kolonialmandates an Deutschland eine Angelegenheit sei, die die englische Regierung unter keinen Umständen in Erwägung ziehen werde. Eine derartige Mitteilung sei so notwendig, „um Mißverständnisse zu beseitigen, die gegenwärtig in amtlichen Kreisen Deutschlands bestünden und die die deutsch-englischen Beziehungen ungünstig beeinflussen könnten, wenn man sie weiter bestehen lasse."

Ministerpräsident Macdonald erwiderte: „Ich habe keinen Grund zu der Annahme, daß die deutsche Regierung irgendeinem solchen Mißverständnis unterworfen ist. Die Politik der englischen Regierung ist wiederholt und klar durch das jetzige englische Kabinett wie durch seine Vorgänger dargelegt worden."

Titulescu bei Flandin.

DNB **Paris**, 9. April.

Ministerpräsident Flandin hatte Dienstag vormittag eine Unterredung mit dem immer noch in Paris weilenden rumänischen Außenminister Titulescu, der übrigens in seiner Eigenschaft als amtierender Vorsitzender des Rates der Kleinen Entente und der Balkan-Entente am Montag den hiesigen italienischen Botschafter besucht hatte. Beide Besprechungen stehen zweifellos in Verbindung mit den Vorbereitungen für Stresa.

In diesem Zusammenhang verdient die Behauptung eines Abendblattes Beachtung, daß Flandin im Hinblick auf Stresa mehr für den englischen Standpunkt sei, während Außenminister Laval der Auffassung Mussolinis zuneige und es als einen Fehler bezeichne, England jede Initiative und Schiedsrichterrolle zu überlassen, da sie immer nur auf Zugeständnisse an Deutschland hinauslaufe. Beide Auffassungen drohten, so bemerkt das Blatt weiter, in der heutigen entscheidenden Ministerberatung aufeinander zu platzen, um so mehr, als sich innerhalb der Regierung zwei bestimmte Gruppen gebildet hätten.

Entscheidende Kabinettssitzung in Paris.

DNB **Paris**, 9. April.

Die Regierung trat Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zur entscheidenden Beratung über die Richtlinien für die Konferenz von Stresa zusammen. Die Sitzung dauerte von 16,30 Uhr bis 19,30 Uhr. Es wurde darüber folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben: „Der Ministerrat war ausschließlich der Prüfung der Fragen gewidmet, die der Konferenz von Stresa und dem Völkerbundsrat unterbreitet werden sollen. Ministerpräsident Flandin und Außenminister Laval werden die französische Regierung vertreten."

Flandin geht nicht nach Genf.

DNB **Paris**, 9. April.

Wie in gutunterrichteten politischen Kreisen im Zusammenhang mit dem heutigen Ministerrat verlautet, wird sich Ministerpräsident Flandin sofort nach Beendigung der Stresaer Besprechungen wieder nach Paris zurückbegeben, während **Außenminister Laval von Stresa aus nach Genf zur Ratstagung** reisen wird. Von Genf kehrt Laval nach Paris zurück, um an einem Ministerrat teilzunehmen, der seiner Reise nach Moskau vorausgeht.

Auch der Generalsekretär des Ministerpräsidiums, **der bisherige französische Botschafter** in Prag, Léon Noel, der sich augenblicklich in Prag aufhält, wird, wie verlautet, von dort aus nach Stresa kommen.

Laval empfing am Dienstag nach dem Ministerrat noch einmal den sowjetrussischen Botschafter.

Frankreichs neue Flottenpolitik.

DNB **London**, 9. April.

Der Marinekorrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, in der französischen Flottenpolitik sei ein grundlegender Wechsel eingetreten. Der oberste Marinerat habe die Entscheidung getroffen, daß künftig die Großkampfschiffe das Rückgrat der französischen Marine bilden müßten. Infolgedessen sei den anderen interessierten Mächten unoffiziell mitgeteilt worden, daß Frankreich sich nicht auf die Dauer mit dem Washingtoner Verhältnis für Großkampfschiffe von 1,75 französischer gegenüber 5 britischen, 5 amerikanischen und 3 japanischen Großkampfschiffen begnügen könne. Diese Aenderung bedeute, daß die französische Marine nicht mehr wie bisher ihr Hauptinteresse den U-Booten und leichten Ueberwasserfahrzeugen zuwende, von denen sie nach Kriegsende eine große Anzahl gebaut habe. Unter Einfluß der im Bau befindlichen bezw. vom Parlament bewilligten Fahrzeuge werde die französische Schlachtflotte nach den jetzigen Plänen bestehen aus zwei Schlachtschiffen von 35 000 Tonnen, zwei Schlachtkreuzer von 26 500 Tonnen, drei Schlachtschiffen von 23 000 To. und drei Schlachtschiffen von 22 500 To. Die letzten sechs Fahrzeuge seien modernisiert worden oder ihre Modernisierung stehe bevor. Abgesehen davon würden noch drei ältere 18 000 Tonnen-Schiffe der Danton-Klasse in Reserve gehalten.

Die Wehrmacht huldigt Ludendorff.

Eindrucksvolle militärische Kundgebung in Tutzing. – Ansprache des Reichswehrministers.

Die Feier des Geburtstages.

DNB **Tutzing**, 9. April.

Der hübsche, mit schönen Alleen und Gartenanlagen geschmückte Ort am westlichen Gestade des Starnberger Sees, den sich General Ludendorff zum Altersitz auserkoren hat, steht am Dienstag ganz im Zeichen des 70. Geburtstages des großen Feldherrn des Weltkrieges. Kraftwagen auf Kraftwagen strebt Tutzing zu, dessen Häuser zu Ehren des Tages reichen Flaggenschmuck angelegt haben. Zwei Sonderzüge bringen an 1700 Personen heran. Das Haus Ludendorffs ist schon vom frühen Morgen an von dichten Menschenmengen umlagert. SA und Gendarmerie halten mühsam die Absperrung aufrecht. Um 8 Uhr morgens zieht der Doppelposten des Reichsheeres vor dem Hause des Generals auf. Dann folgt eine Abordnung nach der anderen. Alle werden von dem General, der an seinem heutigen Ehrentage große Generalsuniform mit allen Orden und Auszeichnungen angelegt hat, herzlich empfangen. Dreißig Mitglieder des Brigadeführerkursus der Reichsführerschule der SA treten im Garten an. General Ludendorff schreitet ihre Front ab, gibt jedem der Erschienenen die Hand und wechselt kameradschaftliche Worte mit den Kriegsteilnehmern.

Um 10 Uhr trifft die Ehrenkompagnie des Reichsheeres ein, die vom Infanterieregiment München gestellt wird. Unter Vorantritt einer Musikkapelle marschieren sie mit klingendem Spiel und mit den Fahnen des ehemaligen Füsilieregiments „General Ludendorf" (niederrheinisches) Nr. 39 dem Hause zu.

Während im weiteren Verlauf des Vormittags der Zustrom der Freunde des Generals Ludendorff aus Nah und Fern sich immer weiter verstärkte und der Jubilar selbst wiederholt im Garten seines Hauses erschien, um Glückwünsche und Blumengaben entgegenzunehmen, bereitete sich in unmittelbarer Nähe des Hauses auf einer Wiese die

Ehrung des Feldherrn durch die Wehrmacht

vor. Die Ehrenkompagnie, gestellt vom Infanterieregiment München, nahm hier Aufstellung, am rechten Flügel das Musikkorps des Regiments unter Leitung des Obermusikmeisters Fürst, anschließend die Träger der vier Fahnen des ehemaligen Füsilieregiments (niederrheinisches) Nr. 39 „General Ludendorff". Die Ehrenkompagnie führte Hauptmann Ruederer. Mit ihr nahm Aufstellung der Bataillonskommandeur, Oberst Graf als Regimentskommandeur, und schließlich der Befehlshaber im Wehrkreis 7, General Adam, der die Truppe mit einem „Heil, Kameraden" begrüßte. Ferner waren vom Reichsheer der Artillerieführer VII, General Halder, und der Chef des Stabes im Wehrkreis VII, Oberst Kübler, von der Reichsluftwaffe der Befehlshaber des Luftkreiskommandos V, Generalleutnant Eberth, zur Ehrung Ludendorffs angetreten. In einem weiteren Viereck bildeten Hunderte und Aberhunderte von Zuschauern Spalier.

Punkt 11 Uhr fuhr

Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg

mit dem Chef der Heeresleitung, General der Artillerie Freiherr von Fritsch, vor. Nachdem Meldung erstattet war, begaben sich die beiden Generale zum Hause. Dort übermittelte Generaloberst Reichswehrminister von Blomberg dem Jubilar die Glückwünsche der deutschen Wehrmacht. Er führte aus:

„Herr General!

Als Vertreter der deutschen Wehrmacht bitte ich Ew. Exzellenz die herzlichsten Glückwünsche zum 70. Geburtstage aussprechen zu dürfen. Ich bin glücklich, dieser Vermittler sein zu dürfen, da ich die Ehre hatte, im großen Kriege in meiner letzten Dienststelle Ia Armee-Oberkommando 7 die entscheidende Beeinflussung durch Ew. Exzellenz unmittelbar zu erfahren. Die deutsche Wehrmacht hat sich bemüht, durch lange Jahre hindurch die ihr im Versailler Vertrag aufgezwungene Form mit schöpferischem Leben zu erfüllen. Nach der Einführung der Wehrpflicht nähert sich die neue deutsche Wehrmacht in ihrer Konstruktion wieder mehr der Wehrmacht der Vor- und Kriegszeit. Diese Wehrmacht war vor und während des großen Ringens durch den Soldaten Ludendorff entschieden stark beeinflußt und geführt. Auch auf die neue Wehrmacht wird dieser Geist ausstrahlen. Die Soldaten der deutschen Wehrmacht sehen in General Ludendorff den großen Feldherrn des Weltkrieges, unter dessen Führung Deutschland einer Welt von Feinden die Stirn geboten hat. Wenn heute Ehrenposten vor diesem Hause stehen und eine Fahnenkompagnie dem General Ludendorff ihre Ehrenbezeugungen darbringt, so drückt damit die deutsche Wehrmacht ihre tiefgefühlte Huldigung vor dem großen Soldaten aus und verbindet damit ihre aufrichtigen Wünsche für ein kommendes Lebensjahrzehnt.

Inzwischen waren zwei Staffeln der Reichsluftwaffe über dem See herangeflogen und bereiteten in einem Vorbeiflug mit tadelloser militärischer Ausrichtung dem General eine Ehrung. Das letzte der Flugzeuge warf einen Rosenstrauß mit einer Huldigungsadresse für den General ab.

Kurz nach 11,15 Uhr betrat General Ludendorff, geleitet von Generaloberst von Blomberg und General der Artillerie von Fritsch, den Platz. Er wurde mit brausenden Zurufen empfangen. General Ludendorff, der Generalsuniform mit dem Großkreuz trug, begrüßte die Versammelten und schritt dann die Front der Ehrenkompagnie ab. Ergriffen grüßte er die Fahnen seines alten Regiments. Den Soldaten bot er ein kraftvolles Heil Kameraden.

Nach dem Abschreiten der Front unterhielt sich der General längere Zeit mit den Führern des Reichsheeres und begab sich hierauf zum Platz gegenüber seinem Haus, wo er an der Seite des Generaloberſten von Blomberg den Vorbeimarsch der Truppe abnahm. Auch Angehörige seiner Familie wohnten dieser Ehrung bei. Mit sichtlicher Freude folgte General Ludendorff dem Vorbeimarsch und kehrte dann unter abermaligen Huldigungsrufen der Menge in sein Haus zurück.

Die Ehrenkompagnie wurde um 12 Uhr mit einem Sonderzug wieder nach München zurückbefördert.

General Ludendorff dankt.

General Ludendorff trat nach der Abnahme des Vorbeimarsches der Ehrenkompagnie auf die Terrasse seines Hauses und hielt zu der großen Menschenmenge eine Ansprache, in der er sich besonders für die Ehrungen bedankte. Er erklärte, daß er mit großer Freude das alte Soldatenkleid wieder angelegt habe, um in ihm der alten Helden und Verwundeten zu gedenken, die für Deutschland ihr Blut vergossen haben. General Ludendorff gedachte dann des alten Heeres, seiner Hingabe, seiner Tapferkeit und seines Heldengeistes. Diese Hingabe habe jenes Fronterlebnis geschaffen, aus dem heraus der Drang nach Freiheit, Rasse und Wehrhaftigkeit entstanden sei, die heute die Grundpfeiler eines machtvollen deutschen Staates bildeten. General Ludendorff wandte sich dann noch an die junge Wehrmacht und erklärte, die alten Fahnen, die von jungen Soldaten getragen würden, zeigten die enge Verbundenheit zwischen der alten und der neuen Wehrmacht. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht habe das wahrhafte Sein des deutschen Volkes begründet. — Mit dem Liede „Ich hab' mich ergeben" und dem Deutschlandlied schloß die Kundgebung vor dem Hause des Generals.

Glückwunsch-Kundgebungen.

DNB **Berlin**, 8. April.

Reichsminister Dr. Goebbels hat General Ludendorff zu seinem 70. Geburtstag folgendes Glückwunschtelegramm gesandt:

„Dem großen Feldherrn des Weltkrieges, der vier Jahre lang die schwerste Verantwortung trug, die jemals auf Menschenschultern lag, dem mutigen Bekenner einer neuen völkischen Weltanschauung, dem unerbittlichen Streiter im Kampf gegen die überstaatlichen Mächte zum 70. Geburtstage meine ergebensten und aufrichtigsten Glückwünsche."

Reichsminister der Luftfahrt, General der Flieger Hermann Göring, hat folgendes Glückwunschtelegramm gesandt:

„Zum 70. Geburtstag wollen Ew. Exzellenz meine und der deutschen Luftfahrt herzlichste und aufrichtigste Glückwünsche entgegennehmen. Das Beispiel Ew. Exzellenz als pflichttreuer und energischer Soldat, als Meister weitblickender Feldherrnkunst im Kriege wird der jungen Reichsluftwaffe stets leuchtendes Vorbild sein und bleiben. Die Luftstreitkräfte neigen sich in Ehrfurcht vor der einzigen Größe des genialen und unbesiegten Feldherrn."

Aufruf Dr. Leys.

Zu den Vertrauensratswahlen.

DNB **Berlin**, 9. April.

Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, hat zu den Vertrauensratswahlen folgenden Aufruf erlassen:

Männer und Frauen des schaffenden Deutschlands!

Am 12. April d. Js tretet Ihr an zur Vertrauensratswahl in den Werkstätten, Fabriken und Kontoren. In diesem Augenblick ist ein Vergleich mit den früheren Betriebsratswahlen aufschlußreich und nützlich. Parteien und Gewerkschaften warben um Eure Stimmen. Sie huldigten alle — ganz gleich, ob christlich, national oder marxistisch — nicht nur dem Klassenkampfgedanken, sie zerrissen auch noch die Arbeitnehmerschaft untereinander.

Das haltet Euch vor Augen: Wäre der Klassenkampfgedanke für sie ein Glaubensbekenntnis gewesen und hätten sie es in dieser marxistischen Weltanschauung mit dem Arbeiter und dem Angestellten ehrlich gemeint, so hätten sie zuerst und vor allem die Einheit der Arbeitnehmerschaft herstellen müssen. Daß sie es nicht taten, zeigt die Erbärmlichkeit und das Ausmaß des von ihnen an der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft verübten Betruges.

Schaffende des neuen Deutschlands! Denkt an die Vergangenheit! Seht und erlebt die Gegenwart! Wir rufen Euch auf zur Vertrauensratswahl, für die Wahl von Männern und Frauen, die Euer Vertrauen haben sollen.

Natürlich wissen wir, daß die Versuchung besteht, die Wahl dieser Vertrauensräte von mancherlei persönlichen Dingen bestimmen zu lassen. Wir wissen, daß durch diese Wahlen auch dem Unternehmer und dem verantwortlichen Betriebsführer das Vertrauen ausgesprochen wird. Wir wissen, daß dies alles von dem unendlich vielen Geschehen abhängt. Und doch wollen wir diese Wahl.

Wir wollen sehen, wie weit die Gemeinschaft von Unternehmern und Arbeitnehmern in den Betrieben Fortschritte gemacht hat. Wir wollen auch, daß der verantwortliche Betriebsführer durch diese Wahl an die Notwendigkeit erinnert wird, stets um das Vertrauen der Gefolgschaft bemüht zu sein. Und wir wollen mit dieser Wahl schließlich den Vertretern der Gefolgschaft zum Bewußtsein bringen, daß auch sie sich immer wieder von neuem das Vertrauen ihrer Arbeitskameraden erwerben müssen.

Männer und Frauen des schaffenden Deutschlands! Diese Wahl ist die freieste, die die Welt kennt. Sie ist geheim und direkt. Deshalb verlangt sie von Euch Arbeitern und Arbeiterinnen, Angestellten und Unternehmern die höchste Verantwortung. Adolf Hitler, die NSDAP, das gesamte neue Deutschland ringen schwer und hart, zäh und unermüdlich um die Anerkennung und um die Achtung der Welt.

Denk' immer daran: Deine Ehre ist es, deutscher **Volksgenosse und deutsche Volksgenossin, die** der Führer **zurückgewinnt.**

Denk' immer daran, auch den Schutz Deiner Arbeit sichert der Führer!

Hammer und Schwert gehören zusammen, soll die Arbeit nicht zum Spielball internationalen Kapitals werden. Und Arbeiter und Soldat gehören zusammen!

Drum: Führer, wir danken Dir, daß Du uns die Wehrhoheit zurückgeholt hast!

★

Dankbarkeit und Treue zu Adolf Hitler sollen auch bei den Vertrauensratswahlen Eure Entscheidung lenken.

Arbeiter, Angestellte und Unternehmer, erhebt Euch über den Alltag, laßt Eure große Entscheidung nie und nimmer von kleinen Bedenken diktieren! Ihr wählt nicht eine Partei, Ihr wählt nicht eine Gruppe, Ihr wählt Deutschland und damit Euch selbst und Euer Schicksal.

Denk' stets daran: Die Welt hat so viel Achtung vor Deutschland, wie wir gewillt sind, uns selbst Achtung und Stolz zu geben.

Denk' stets daran: Das neue Deutschland sendet als **Repräsentanten seines Volkes Arbeiter und Arbeiterinnen hinaus in die Welt. Die Tage von Lissabon und Madeira werden unvergeßlich bleiben. Zeigt auch Ihr durch diese Wahlen der Welt, daß aus dem kleinlichen und selbstsüchtigen Proletarier ein stolzer, freier Mann geworden ist.**

Zeigt, daß hinter der von Adolf Hitler zurückeroberten Wehrhoheit das gesamte schaffende Deutschland als jene Einheit von Tat und Wille steht, die unserem Führer Adolf Hitler das restlose Gelingen seines großen Werkes garantiert und sicherstellt.

Berlin, 10. April 1935. gez. Dr. Robert Ley.